



– Offener Brief –

An die österreichische Bundesregierung
zur aktuellen Situation in Afghanistan

An Bundeskanzler:
Sebastian Kurz

Vizekanzler:
Werner Kogler

Bundesminister für europäische und
internationale Angelegenheiten:
Alexander Schallenberg

Als neu gegründete österreichische Gruppe der ältesten Frauenfriedensorganisation Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) wenden wir uns heute an Sie in großer Besorgnis um die Menschen in Afghanistan und die gewaltsame Machtübernahme der Taliban.

Gerade in Österreich haben wir mit dem Faschismus und Nationalsozialismus schmerzliche und desaströse Erfahrungen gemacht. Die undemokratischen, totalitären und gewaltvollen Schreckensherrschaften, die Menschenrechte mit Füßen traten, Gruppen von Menschen bedrohten und ermordeten, sowie sie in Flucht und Verzweiflung trieben, sind uns bekannt.

Wir wissen wie wichtig es ist, solchen Entwicklungen und Tendenzen mit all unseren Kräften entgegenzutreten und sicherzustellen, dass Gruppen, die von Gewalt und Verfolgung betroffen sind, flüchten können und einen sicheren Aufenthaltsort finden.

Wir sind heute in voller Solidarität bei den Menschen in Afghanistan, welche sich in lebensbedrohlicher Lage befinden und akuter Gewalt und Gewaltandrohung ausgesetzt sind.

Die Republik Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten einen Namen dafür gemacht, von bewaffneten Konflikten und Kriegen betroffene Menschen, Zuflucht und eine zweite Heimat zu bieten. Wir ersuchen Sie dringend, diese so wichtige Tradition der Menschlichkeit und Toleranz fortzusetzen und sich umgehend an Maßnahmen zu beteiligen, um Menschen rasch aus Afghanistan zu evakuieren und aufzunehmen.

Es geht uns insbesondere um Frauen* und Mädchen*, denn die Taliban zeichnen sich durch massive Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen* und Mädchen*, sowie von marginalisierten Gruppen wie Lesben, Schwulen und Trans-Gender Personen aus. Frauen* und Mädchen* werden gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verhüllen und sie sind zu Hause eingesperrt, wodurch es ihnen kaum möglich ist, frei und ohne Angst am öffentlichen Leben teilzunehmen. Das sind Menschenrechtsverletzungen, die wir nirgendwo auf der Welt hinnehmen dürfen.

Auch in Österreich gibt es noch Ungleichheiten, die zu Benachteiligungen und Diskriminierungen führen. Doch ist es uns durch gemeinsame Anstrengungen und die Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Frauenorganisationen gelungen, Gleichstellung zu einem zentralen Ziel zu machen. Insbesondere im Bereich des Schutzes und der Unterstützung von Frauen* und Mädchen*, die Opfer von Gewalt werden. Die Möglichkeit, sich für die Befreiung aus Gewaltverhältnissen zu engagieren und sich zu organisieren, hatten und haben die meisten Frauen* und Mädchen* in Afghanistan nicht. Die Herrschaft der Taliban lässt trotz verbaler Versprechen, dass Frauen* und Mädchen* in die Schule gehen dürfen, fürchten, dass die Grundfreiheiten der Frauen* und Mädchen* weiter eingeschränkt werden.



Es ist wichtig, dass wir gelebte Solidarität zeigen und Frauen* und Mädchen*, die sich diesem Regime nicht unterwerfen wollen, die Gelegenheit geben mit ihren Familien auszureisen und in Österreich und anderen Europäischen Ländern Aufnahme zu finden.

Dafür ist der rasche Aufbau eines humanitären Aufnahmeprogramms für Frauen* und Mädchen* notwendig. Wir von WILPF Austria sind gerne bereit daran mitzuarbeiten Frauen*, Mädchen* und ihre Familien dabei zu unterstützen, in dieser verzweifelten Situation eine neue, sichere Heimat in Österreich zu finden und aktiv an unserer Gesellschaft teilzunehmen. Wir haben im Rahmen eines Projektes in einer Grundversorgungseinrichtung mit geflüchteten Frauen* aus Afghanistan zu Solidarität und Frauenrechten gearbeitet. Die teilnehmenden Frauen* haben in diesem Projekt ihre Anliegen geäußert sich für Frauen*rechte zu engagieren. Diese wollen wir weiters fördern und unterstützen.

Wir ersuchen Sie als Vertreter der österreichischen Bundesregierung, um folgende Maßnahmen:

- Aktive Mitwirkung an der sofortigen Evakuierung von schutzsuchenden Menschen aus Afghanistan, insbesondere Frauen* und Mädchen*, sowie Menschen der LGBTIQ+ Community, die einer besonderen Bedrohungslage durch die Taliban ausgesetzt sind. Dazu gehören auch Frauen*rechts- und Menschenrechtsaktivist*innen, Künstler*innen und Journalist*innen, die gegen das totalitäre Taliban Regime auftreten.
- Rascher Aufbau von humanitären Aufnahmeprogrammen für evakuierte Menschen aus Afghanistan in Österreich.
- Ermöglichung von legalen und sicheren Fluchtrouten und Möglichkeiten Asyl zu beantragen.
- Intensive diplomatische Bemühungen um einen landesweiten Waffenstillstand und darum, dass Flughäfen und Grenzen offenbleiben, damit für bedrohte Menschen Fluchtmöglichkeiten bestehen.
- Sicherung des humanitären Aufenthalts für Frauen* und Mädchen*, die bereits in Österreich sind.
- Aussetzung der Abschiebungen von Österreich nach Afghanistan oder in Abschiebezentren in den Nachbarländern von Afghanistan.

Auf internationaler Ebene:

- Enge Zusammenarbeit in der EU zur Koordinierung und Umsetzung von Notevakuierungsprogrammen und Aufnahmeprogrammen für besonders gefährdete Gruppen.
- Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und anderen internationalen zwischenstaatlichen Organisationen, um sicherzustellen, dass sofortige Abschiebungen nach Afghanistan überall ausgesetzt werden und dass aus Afghanistan fliehende Menschen reale Möglichkeiten erhalten, Asyl zu beantragen.
- Die Vereinten Nationen und die Mitgliedstaaten sollen die humanitäre Hilfe für die Nachbarländer, in die die meisten Menschen aus Afghanistan fliehen, aufstocken und diese Länder dabei unterstützen die geflüchteten Menschen aufzunehmen und gut zu versorgen. Die Versorgung soll in einem geschützten Rahmen erfolgen und keine grenznahen Fluchtorte beitragen.
- Enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschließlich Frauenorganisationen und LGBTIQ+ Organisationen.
- Der UN-Menschenrechtsrat soll eine Resolution verabschieden, die es ermöglicht, dass Beweise für Verstöße gegen Menschenrechte in Afghanistan gesammelt und faire, unabhängige Strafverfahren eingeleitet werden können.



- Der UN-Sicherheitsrat soll das Mandat der UN-Unterstützungsmission in Afghanistan UNAMA verlängern und erweitern.
- Es müssen auf internationaler Ebene kritische, geschlechtsspezifische und intersektionale Analysen darüber angestellt werden, wie es zu dieser humanitären Katastrophe in Afghanistan gekommen ist und welche Rolle dabei Machtstreben, Militarisierung, militärische Invasionen, Aufrüstung und Waffenhandel gespielt haben.
- Intensive Arbeit an Abrüstung und Friedenssicherung ist global notwendig.

Wien, 26. 08. 2021

WILPF Austria

Kontakt: Ketevan Bakradze, Elisabeth Kapeller und Rosa Logar

E-Mail: wilpf.austria@gmail.com